



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1925**

581 (15.12.1925) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-225090](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-225090)

# Neue Mannheimer Zeitung

## Mannheimer General-Anzeiger

Druckerei: In Mannheim und Umgebung im Jahr 1925 durch die Post monatlich R. 2. 250 ohne Abgabe. Bei event. Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachforderung vorbehalten. Postamt Nr. 17500 Karlsruhe - Hauptpostamtstelle B. 2. 2. - Reichs-Rechenstellen Waldhofstraße 6. Schweglingerstraße 24. Weierstraße 11. - Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheinung: wöchentlich 4mal. Nummer-Verzeichnis Nr. 7941. 7942. 7943. 7944 u. 7945

Anzeigenpreise nach Tarif, der Geschäftsleitung zur Einsicht. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Preisermäßigungen für ausgelassene oder beschädigte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Kuponzüge durch Fernsprecher ohne Gebühr. - Verlagsort Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

### Herrn Kochs Bemühungen

#### Große Koalition oder? Heute soll die Entscheidung fallen

Berlin, 14. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Herr Koch wird von der deutschen Presse heute nach allen Regeln einer weisen Kunst angegriffen, weil er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Kabinettsbildung angenommen hat. Wessen Schuld ist es denn, daß wir jetzt durch diese unerfreuliche und unwillkommene Krise gehen müssen? Darf man vielleicht auch fragen, wie die Deutschen eine Lösung sich denken, die ihren Wünschen genügen möchte? Soll man etwa die Tür, die sie eben erst dröhnend ins Schloß warfen, wieder weit aufstun und zu ihnen sprechen: „Bitte nur hereinspazieren, meine Herrschaften!“

Es ist ein schweres Unternehmen, dem sich Dr. Koch öffnete. Das hat er vermutlich so gut wie seine Kritiker gemerkt. Wenn er die unanfechtbare Bürde auf sich lud, geschah es wohl, weil es ihm ein langjähriger Widersinn schien, wochen- und monatelang die Große Koalition in Wort und Schrift zu fordern und in dem Moment sich selbst in die Büsche zu schlagen, wo an ihm und seiner Partei die Probe aufs Exempel gemacht werden sollte. Der Kochsche Versuch kann scheitern; dennoch wird man den Mut des sozialdemokratischen Führers zu respektieren haben. Es bleibt sein Verdienst, wenn wir es hinfür bei dieser Regierungsbildung mit ganz konkreten Problemen zu tun haben.

Über den äußeren Verlauf dieses Tages, an dem sich Verhandlungen an Besprechungen reihten, ist folgendes zu sagen: Herr Koch hat heute mit allen Parteien, die für die Große Koalition in Frage kommen, Führung genommen, und er ist bei allen auf grundtätigliche Bereitschaft gestoßen. Mit einer einzigen Ausnahme: Die Wirtschaftspartei, die noch immer den Ausgleich in der eigenen Mitte nicht recht fand, hat zwar Unterstützung von Fall zu Fall versprochen, will aber an der Koalition sich nicht beteiligen.

Die beiden Flügelparteien, Sozialdemokraten und Volkspartei, haben dabei den bestimmten Wunsch ausgesprochen, daß nun zunächst über das sozialdemokratische Programm Klarheit geschaffen werde. Den Gefahren, die sich hier drohend anzeigen, gebent Herr Koch zu begegnen, indem er in die morgige Konferenz der Parteiführer ein eigenes Programm mitbringt, über das gleich mit den Sozialdemokraten diskutiert werden soll. In dem ganzen Schriftsatz werden, wie man uns berichtet, die sozialpolitischen Forderungen einer überragenden Stellung einnehmen. Um deswillen ist, wie wir hören, zu dieser Besprechung auch der Arbeitsminister Braun geladen worden.

So stehen im Augenblick die Dinge. Morgen vormittag wird sich dann zu ermitteln haben, ob die Große Koalition marschieren kann, ob die Parteien entschlossen, vielleicht auch ob sie reif sind, die Große Koalition nicht nur durch am letzten Ende unverbindliche Erklärungen, sondern auch durch die Tat zu bejahen, die Tat, die in diesem Fall notwendig den Verzicht auf hochgeliebte Separatwünsche einschließen müßte. Herr Lehmannsdorff, so erzählt eine Nachrichtenstelle, ist heute noch bei Herrn Scholz gewesen, um ihm zu bedeuten, daß die Zentrumspartei unter keinen Umständen an einer anderen Kombination, als an der Großen Koalition sich zu beteiligen gedenkt.

Gerüchte-Berichte wollen wissen, Herr Luther hätte sich bereits Herrn Koch für eine etwaige Wiederübernahme des Finanzportefolios zur Verfügung gestellt. Die Gerüchte scheinen uns vorläufig nicht recht substantiiert.

Richtig oder wird kein, daß auch in dem kommenden Kabinett, wie immer es aussehe, Dr. Sirejmann sein bisheriges Ressort verwahren und so die Kontinuität der auswärtigen Politik wahren wird.

Ein paar Stimmen aus dem Chor der Berliner Morgenpresse charakterisieren besser als wortreiche Beschreibungen den wahren Stand der Dinge bei den derzeitigen Bemühungen um die Regierungsbildung. Da ist zunächst einmal der „Vorwärts“, der schmeißend feststellt, daß bereits bei seiner ersten Besprechung mit dem Reichspräsidenten, Hermann Müller auf

die „sehr starken Bedenken“ gegen ein Zusammengehen mit der Volkspartei

hingewiesen hätte. Dann fährt das sozialdemokratische Zentralorgan fort: „Seither ist nicht eine einzige Tatsache zu verzeichnen gewesen, die diese Bedenken hätte aus dem Wege räumen können. Die Haltung der bürgerlichen Parteien bei der Entscheidung über die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung hat nicht die Absicht erkennen lassen, auf die Forderungen der Sozialdemokratie für die Erwerbslosen einzugehen.“

Von der volksparteilichen Seite aber läßt es durch das Medium der „Täglichen Rundschau“ zurück: „Man wird verlangen müssen, daß zunächst einmal über das sozialdemokratische Aktionsprogramm volle Klarheit geschaffen wird, damit die anderen Parteien wissen, wie sie sich der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber zu verhalten haben. Deshalb muß es die erste Aufgabe des Ministers Koch sein, daß er von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags genaue Aufschluß über die Tragweite des sozialdemokratischen Aktionsprogramms fordert. Haben die Sozialdemokraten ihre Haltung festgelegt, so wird es Sache der anderen Fraktionen sein, nachzuprüfen, wie weit sie sich damit einverstanden erklären können und wie weit nicht. Erst dann wird man die Aufstellung eines Regierungsprogramms in Angriff nehmen können. Es ist notwendig, daß jede Unklarheit beseitigt wird, nachdem die Sozialdemokraten ein Programm aufgestellt haben, von dem bisher niemand weiß, ob es unvereinbare Wünsche oder bestimmte Forderungen sind.“

Man wird, wenn man diese beiden Presseäußerungen nebeneinander stellt, finden dürfen, daß der weitere Ablauf der Krise schon ziemlich klar liegt. Die „Vossische Ztg.“ sieht die Witterdümmung herausziehen, wenn Herr Koch mit seinen Bemühungen scheitert. Für ein Kabinett der Mitte, meint das Blatt, würden weder die Demokraten noch das Zentrum zu gewinnen sein. Der „Scherische Tag“ wiederum sieht das einzige Gute in den Verhandlungen Kochs darin, daß nach dem Scheitern dieser Verhandlungen nur noch die Betrauung Luthers mit der Bildung eines Beamtenkabinetts übrig bleibt. Von Herrn Kochs Bemühungen meint daselbe „glänzend unterrichtete“ Blatt: Koch hätte offenbar die Religion, ganz ausgesprochene Vertreter der Linken, u. a. den Abgeordneten Hermann Müller, in das Kabinett zu berufen. Hermann Müller ist in Wahrheit einer der besonnensten Männer in der jetzigen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Zu gleicher Frist erzählt man aus der „Germania“, warum das Zentrum am letzten Sonntag den langgestundigen Herrn Lehmannsdorff hat anstimmen lassen: „Hannemann geh du voran.“ Ähnlich so ist um diese weihnachtliche Zeit das Zentrum gefallen: Nachdem, das Zentrum in den letzten sieben Jahren immer hervorragend an der Regierung beteiligt war, ist es der Meinung, daß es im Interesse des Vaterlandes liege, die anderen Parteien nicht dauernd von der Hauptverantwortung an der Regierungsbildung zu entlasten. Das Verantwortungsbewußtsein der übrigen Parteien wird sicherlich nicht gefährdet werden, wenn bei jeder Krise mit der führenden Stellung des Zentrums als einer feststehenden Tatsache gerechnet wird. Und da gibt es noch diese Menschen, die behaupten: Der Altruismus läßt alles möglich!

### Ein Bericht Parker Gilberts

Der Generalsekretär für die Antischabianmaßnahmen, Parker Gilbert, erstattet dem Wiederherstellungsausschuß Bericht über seine Tätigkeit während des ersten Jahres der Durchführung des Sachverständigenplanes, das am 1. September d. J. abließ.

In einer kurzen Einleitung (Abschnitt I) erklärt der Generalsekretär, daß die Durchführung des Sachverständigenplanes während des ersten Jahres den Erwartungen entspricht. Im Rahmen der Antischabianmaßnahmen ist die erste Jahreszahlung von 1000 Millionen Goldmark während des Jahres festgesetzt worden, und zwar vier Fünftel mittels der Auslandseinkünfte und ein Fünftel durch die Deutsche Reichsbahnkreditkass.

Die Abschnitte 2 bis 7 behandeln die Zusammenfassung der Jahresrechnung und die Entrichtung und Verteilung der ersten Jahreszahlung. Die Obliegenheiten des Wiederherstellungsausschusses, den Reichsausschuß für die Rechnungsjahre 1924-25 und 1925-26, die deutsche Reichsbahn, die deutsche Botschaft und den deutschen Kredit. Ferner des Generalsekretärs bekannt waren, werden darin nicht erwähnt. Von Interesse ist jedoch Abschnitt 8, der vom deutschen Außenhandelsvertrieb, aber auffälligerweise gerade nicht die Worte findet, die man erwarten hätte: nämlich eine Verurteilung der Hochfinanzpolitik für fremden Staaten, die ihren Markt den deutschen Erzeugnissen verschließen und so die Durchführung des Dawidschen Plans gefährden.

Im letzten Abschnitt äußert sich der Generalsekretär dahin, daß der Plan, der zur Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftslebens führt, noch nicht ganz zurückerwartet sei, und daß noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sein werde. Man dürfe jedoch den Fortschritt nicht verzeihen, der unter dem Sachverständigenplan gemacht wurde. Ohne

die zwei wesentlichen Ziele des Plans erreicht zu haben, nämlich einen ausgeglichene Haushalt und eine werbefähige Währung, wäre die Wiederbelebung des Handels und der Industrie des Vaterlands nicht zu erwarten gewesen. Diese beiden Ziele seien erreicht. Was die Antischabianmaßnahmen anlangt, so habe der Plan eine wesentliche Leistung von Zahlungen und Vorfällen an die Gläubigerermächte ermöglicht. Vom ersten Anbeginn an sei der Plan auf der Grundlage des beiderseitigen guten Willens und des gegenseitigen Vertrauens verwirklicht worden, und die allertentendsten Wünsche, die deutsche Regierung und alle anderen Stellen, die mit der Durchführung des Plans zu tun haben, hätten sich zusammengeändert, um ihn in dem Geiste durchzuführen, in dem er entworfen worden war.

### Das deutsche Eigentum in Amerika

Newport, 15. Dez. (Spezialabdruck der United Press). In einem neuen Artikel nimmt die „Times“ wiederum den Mellon'schen Vorschlag zur Freigabe des beschlagnahmten fremden Eigentums an. Das Blatt hebt besonders hervor, daß der Plan ein Zeichen von Vertrauen sei, wie es die Vereinigten Staaten in diesem Maß keinem anderen Lande schenken. Ferner stellt es die Behauptung auf, daß sich die Mellon'schen Vorschläge, wenn sie durchgeführt würden, in einer Weise auswirken könnten, die einen viel größeren Verlust für die deutschen Interessen als für die Vereinigten Staaten bedeuten würde.

Das Blatt tritt ferner energisch für eine Teilnahme Amerikas an einer Abrüstungskonferenz ein, falls es eingeladen werden sollte und stellt die kategorische Frage: Wie können wir nur daran denken, die Einladung nicht anzunehmen zu wollen. Wir können nicht zurück, ohne uns den berechtigten Vorwurf der Unaufrichtigkeit auszusprechen und die ganze Nation der Schande preiszugeben.

### Das neue tschechische Kabinett Svehla

Aus Prag wird uns von einem gelegentlichen Mitarbeiter geschrieben:

„Eine Regierung, der man die Nähe anfieht, die ihre Zusammenlegung gekostet hat, ist immerhin besser als gar keine Regierung“, schrieb das Organ Dr. Benešs, die offiziöse „Prager Presse“, dieser Tage und kennzeichnete mit diesem schwachen Trost am besten die Stimmung, mit der die breite Öffentlichkeit das neue Kabinett Svehla aufgenommen hat. Nahezu vier Wochen dauerte die Regierungsfraktion, die offiziell keine war, — vier Wochen lang konnte man täglich in den Prager Blättern lesen, daß „die endgültige Ministerliste noch im Laufe des heutigen Tages bekannt werden dürfte“, — vier Wochen lang wurde man Tag für Tag in dieser Hoffnung enttäuscht und hatte das zweifelhaftste Vergnügen, immer neue Kombinationen aufsteigen, für Stunden sich halten und dann verpuffen zu sehen. Als die Regierung daher endlich zustande kam, war man erstaunt, daß sie überhaupt da war, war enttäuscht und ironisierte: die Verhandlungszeit hätte das Optimum der menschlichen Zufriedenheit überschritten, man war unzufrieden und kritisierte.

Kritisiert folgendes: Das Kabinett Svehla sei aus ebensoviele Ministern zusammengesetzt wie Kompromissen. Präsident Masaryks Wunsch war von jeher ein gemischtes Kabinett mit einer Reihe von Radikalen gewesen, — er wurde enttäuscht. Svehlas Absicht ging dahin, eine zahlenmäßige Verringerung der in keinem Lande so differenzierten Ministern von 17 auf 15 oder 14 herbeizuführen, — er wurde enttäuscht. Die Parteien kämpften um die Beibehaltung ihrer zur einträglichen Einkommensquelle ausgestalteten Ministerressorts, — sie wurden enttäuscht. Und die Öffentlichkeit war so nato, damit zu rechnen, daß Ideen und Programme, wie anderwärts, die Grundlage der ständigen Verhandlungen bilden würden, — sie wurde schmachhaft enttäuscht.

Um es zu sagen: Das neue Kabinett Svehla ist weder ein parlamentarische, noch im wahren Sinne des Wortes ein gemischtes Kabinett. Es besteht aus 15 Abgeordneten-Ministern und zwei Radikalen. Die große Anzahl der Ministerien mußte beibehalten werden, und anstatt Ideen und Programme waren einzig und allein persönliche und parteigegläubte Interessen bei den Verhandlungen vorherrschend. Es war ein Handeln um Ministerstellen mit allen unerfreulichen Folgerscheinungen, und das Ergebnis ein Kompromiß nach allen Seiten.

Trotzdem muß das neue Kabinett vom Standpunkt einer Korrektur der tschechischen Innenpolitik und der Behandlung der nationalen Minderheiten als ein Fortschritt bezeichnet werden. Wenn es Svehla auch vorderhand gelungen ist, die tschechische all-nationale Koalition zu erhalten, so prägt sich in der Regierung doch das Ergebnis der Wahlen aus, ein Ergebnis, das den Absichten eine Mahnung war, ihre Politik den wirklichen Verhältnissen anzupassen, solange es Zeit dazu ist. Neben dem Ministerpräsidenten, dem Außenministerium, das Dr. Beneš auch weiterhin behalten hat, dem Landwirtschaftsministerium (Agrarier Hofsch), und dem Fürstergeminsministerium, das in den Händen des Sozialdemokraten Dr. Winter verblieben ist, hat man überall einen Wechsel eintreten lassen. Der berühmte Minister Franko, der bisher die drei Ressorts Post, Eisenbahn und Ernährung in seiner Hand vereinigt hatte, ist verschwunden und an seiner Statt der Sozialdemokrat Bednarek ernannt worden. Es ist anzunehmen, daß damit der rücksichtslose Kampf gegen die deutschen Eisenbahner und die unerbörte Tschechisierung der Eisenbahnverwaltung eingebremst werden wird. Bedeutend ist gleichfalls die Ernennung des Agrariers Sedlitz zum Schulminister, denn Sedlitz hat seinerzeit als Generalberichterstatter in der Budgetdebatte aus der tschechischen Parlamentarier zu dem Antrag des deutschen Abgeordneten Prof. Spina betreffs einer kulturellen Autonomie des Sudetendeutschums in positiver Weise Stellung genommen. Durch von seiner Ernennung erwartet man eine Entspannung der durch die Klassenföhlung deutscher Schulklassen bedrohlich gewordenen Lage.

Man muß sich aber darüber klar sein, daß von tschechischer Seite keineswegs das Bedürfnis besteht, eine Veränderung in der bisherigen Behandlung der Minderheiten eintreten zu lassen, sondern daß dies nur unter dem Zwange der Verhältnisse erreicht werden kann. Dieser Zwang wird heute im tschechischen Lager einmütig abgelehnt, und nur von wenigen tschechischen Führern anerkannt, überdies in der leider richtigen Erkenntnis, daß ein überaus großer Teil der Tschechisierungsarbeit im Laufe der sieben Jahre des Bestehens der tschechoslawischen Republik bereits geleistet worden ist. Jetzt eine kleine Entspannung eintreten zu lassen, könnte also nicht nur nichts schaden, sondern darüber hinaus die für ein jedes kleine Entgegenkommen dankbaren Deutschen mit gewissen schon bestehenden Zuständen veröhnen und Verwirrung in ihre teilweise unsicheren und unter sich uneinigen Reihen bringen. Aus diesem Grunde muß man der augenblicklichen Lage die größte Vorliebe entgegenbringen und im Lager der Opposition danach trachten, Klarheit über Umfang und Ausmaß der Forderungen, d. h. ein Programm zu schaffen.

Mit dem neuen Kabinett Svehla beginnt eine Regierungsperiode, die sich anderer Mittel und Wege bedienen müssen wird, als es bisher der Fall war. Die tschechische Koalition verfügt im Abgeordnetenhaus nur mehr über eine Mehrheit von 18 Stimmen und wird nur dann arbeiten können, wenn sie von dem Standpunkt ihrer Selbstherrlichkeit heruntergeht und auf die Opposition die Rücksicht nimmt, die sie zu verlangen ein Recht hat. Tut sie das nicht, so kann sie sich darauf gefaßt machen, daß Ueberraschungen unangenehmer Art für sie nicht ausbleiben werden. Allerdings nur dann, wenn die Oppositionsparteien sich über ein einseitiges Vorgehen geeinigt haben werden. Diese Einigung zu verhindern, ist schon heute das Bestreben der Tschechen, die auf Grund mancherlei Erfahrungen damit rechnen, daß die nationale Würde bei manchen Parteien vor den materiellen und Parteiooritten die Waffen im entscheidenden Augenblick strecken wird.

Dr. Beneš, der tschechische Außenminister, hat in London erklärt, nach der außenpolitischen Befriedigung der europäischen Mächte durch Locarno sei es an der Zeit, auch innenpolitisch in den einzelnen Staaten dem „Geist von Locarno“ Nachachtung zu tragen. Man hat bisher in der Tschechoslowakei davon nicht das Geringste gemerkt, man hat vielmehr beobachtet können, wie der tschechische Chauvinismus mit einem neuen brutalen Angriff gegen den deutschen Arbeitsplatz begonnen hat. Tausende deutscher Staatsbrüder sind durchschießlich auf die Straße geworfen, hunderte von deutschen Familien leben einem Weihnachtsfest entgegen, dessen Traurigkeit aus Herz greift. Die neue Regierung in Sofia sollte sich bemühen, daß ihre Aufgaben andere sind, als die Verfolgung des nationalstaatlichen Zieles mit der Unterdrückung und Entziehung der 12 Millionen Südendeutschen. Sie sollte sich ihrer großen Aufgabe widmen, am Wiederaufbau Mitteleuropas nach besten Kräften mitzuwirken, dessen Voraussetzung der Ausgleich der nationalen Gegensätze sein muß. Die nächste Zeit wird zeigen, ob sie diesen Weg beschreiten wird; wir selbst haben Grund, daran zu zweifeln.

### Befoldungsfragen im Reichstag

Berlin, 14. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Die Frage einer Erhöhung der Beamtensolden, die auch in den Verhandlungen über die Regierungsbildung eine bedeutsame Rolle spielte, beschäftigte heute in einer kurzen Nachmittagssitzung das Reichstagsplenum. Der Haushalts-Kommission hat am Samstag eine Vorausschätzung des allgemeinen Lohn- und Gehaltssteuersatzes, und zwar für die Gruppen I bis 4 auf 12½ bis 25 Prozent und für die Gruppen 5 und 6 auf 30 Prozent beschlossen. Die Regierung hat den Parteien bereits bedungen lassen, daß sie diese erneute finanzielle Belastung für nicht tragbar halte. Reichstagspräsident Dr. Luther selbst betonte heute nachmittags, daß dieser Beschluß beim besten Willen über die Kraft der Regierung ginge. Dagegen beschwor er einen Antrag der Bayerischen Volkspartei (Kurtz Reichel), der folgen würde eine einmalige Weihnachtsgesamtszahlung, und zwar für die unteren Gruppen in Höhe von einem Viertel des Dezember-Gehaltes und für die oberen Gruppen von einem Fünftel einstellte. Das meinte Dr. Luther, würde dem Arbeiter entgegenstehen, zu dem die gegenwärtige Regierung in Würdigung der finanziellen Lage sich allenfalls bereit finden könnte.

Dieser Standpunkt fand Verständnis nur beim Zentrum, das aber trotzdem der Ansicht war, daß die Regierung die Notwendigkeit ruhig abwarten könne, da die Parteien ihr ja mitwirken würden, die Verantwortung zu tragen. Im übrigen hat die Linksfraktion das bekannte Bild: Die Rechte verweigert sich hauptsächlich für die Erhöhung der Gehälter der oberen Gruppen, während die Linke sich der unteren Beamtenschaft annimmt. Während man sich darüber gegenseitig den Vorwurf der parteigegensätzlichen Einstellung. Es hatte am Abend den Anschein, als ob man versuchen würde, auf der Grundlage des Antrags der Bayerischen Volkspartei einen Kompromiß zu erzielen.

### Der Standpunkt der Regierung

Die oben kurz skizzierten Ausführungen des Kanzlers lauteten wie folgt: Die Reichsregierung teilt mit allen Parteien den Wunsch, den Beamten eine besondere Unterstützung zu leisten. Die Regierung kann aber die Form, in der diese Unterstützung durch den Haushaltsausschuß beschlossen worden ist, nicht für annehmbar erachten. Denn diese Form schließt ein Vorgehen auf eine künftige dauernde und grundsätzliche Regelung ein, indem sie für die beschriebene einmalige Leistung als Berechnungsgrundlage einen laufenden Zuschlag zum Grundgehalt wählt. Die Regierung kann in ihrer Eigenschaft als geschäftsführende Regierung einer solchen Regelung nicht zustimmen, sondern muß, damit überhaupt für die Beamtenschaft etwas Positives zustande kommen kann, den Reichstag auf dringende Bitte, den Abänderungsantrag leicht zum Beschluß zu erheben. Dieser Abänderungsantrag hat in formeller Beziehung auch den Vorzug, daß er wegen seiner grundsätzlichen einmaligen Form die besten Aussichten auf eine Zustimmung des Reichstages bietet und daß gegenüber diesem Vorschlag die Regierung glaubt, der Hoffnung Ausdruck geben zu können, daß eine Zustimmung des Reichstages möglich ist. Die Maßnahme auf die Interessen der Länder und Gemeinden läßt es der Reichsregierung weiter geboten erscheinen, mit der Gewährung einer Beihilfe über die 6. Befoldungsgruppe nicht hinauszugehen. Die Regierung stellt sich auf diesen Standpunkt, obwohl ihr sehr bemüht ist, daß auch bei den höheren Befoldungsgruppen wichtige Gesichtspunkte für eine Vereinfachung der Lage der Beamten sprechen. Angesichts der außerordentlichen Notlage, in der sich durch die steigende Erwerbslosigkeit viele Teile des deutschen Volkes befinden, erscheint es indessen geboten, die Bereitstellung der nach der Finanzlage des Reiches, der Länder und der Gemeinden sehr eng bemessenen Mittel auf die Fälle der größten Notwendigkeit zu beschränken. Die Gewährung einer einmaligen Beihilfe an Stelle der Beamtenschaft angesichts der schwierigen Verhältnisse in weiten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung trägt auch in der Begrenzung bis zur 6. Klasse den Besonderheiten des Beamtentumverhältnisses Rechnung. Geht man allgemein von den Notzuständen als Grundlage für die Gewährung der Beihilfe aus, so hat der Vorschlag für den die Reichsregierung hiermit eintritt, gegenüber dem Vorschlag des Haushaltsausschusses auch den Vorzug, daß er in seinem ganzen Aufbau die sozialen Erfordernisse in stärkerem Maße berücksichtigt. Denn dieser Vorschlag sieht nicht nur ausdrücklich einen Mindestbetrag von je 80 Mark für den Unterbeamteten und je 5 Mark für jedes Familienmitglied vor, sondern darüber, daß der einmalige ausgleichende Beitrag von einem Viertel des Monatsgehals bei den Gruppen 1-4, einem Fünftel bei den Gruppen 5 und 6 sich auf das gesamte Gehaltseinkommen bezieht, wird den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Beamtensfamilien Rechnung getragen. In einer nicht geringen Zahl von Fällen, wo die Not am größten ist, genügt der Vorschlag, für den die Reichsregierung eintritt, den Beamtensfamilien einen höheren Betrag als der Vorschlag des Haushaltsausschusses. Im Hinblick auf alle diese Umstände wiederholt die Reichsregierung ihre Bitte, den Reichstag wolle dem Antrag Beihilfe zustimmen, damit so die Grundfrage geschaffen wird, um in dem begrenzten Rahmen des Trägers alsbald eine wirkliche Hilfe wenigstens den am geringsten betroffenen Teilen der Beamtenschaft zu leisten zu können.

### Abgebrochene Lohnverhandlungen

Berlin, 14. Dez. Die heutigen Lohnverhandlungen zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Tarifverwerkstätten sind in den Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden. Das Anerbieten der Reichsbahn, die Löhne dort, wo sie unter den Industriebetrieben liegen, diesen anzuschließen, fand nicht die Zustimmung der Gewerkschaften. Voraussichtlich wird von den Gewerkschaften ein neues Schlichtungsverfahren angestrebt werden.

Prof. Keco als Zeitungsvorleger. Prof. Keco ist in einer Erklärung mit, daß er das von Dr. Eigel kürzlich gegründete „Bayerische Vaterland“ käuflich erworben habe und es mit Beginn des Jahres 1924 unabhängig von allen Parteien in der alten Tradition herauszugeben. Das Blatt soll weiter ausgebaut werden zu einem Organ zur Erhaltung der bayerischen Selbstständigkeit.

### Weitere Zuspung der französischen Finanzkrise

Paris, 15. Dezember. (Von unserem Pariser Vertreter.) Nachdem die Finanzkommission des Senats mit 16 gegen 5 Stimmen die Steuerprojekte Doucheurs abgelehnt und nur die Vorschläge des Finanzministers über die Unterbindung der Kapitalflucht angenommen hat, erklären die Blätter, daß eine Krise eingetreten sei. Doucheur bestreitet das in den Erklärungen, die er den Journalen an abgegeben hat. Er weist darauf hin, daß nur die Kammer endgültig über Sein und Nichtsein des Abzugs entscheiden kann, doch gestalten sich die Beziehungen zwischen Briand und Doucheur in den letzten Tagen so heftig, daß man mehrheitlich in der heutigen Ministerberatung über die Frage des Ausschleuderns Doucheurs aus dem Kabinett und die Ernennung eines Nachfolgers sprechen wird. Der „Veil Parisien“, dessen „Journal“ durchaus regierungsfreundlich bleibt, meint, daß im heutigen Ministerrat über die Frage einer Nachfolge Doucheurs gesprochen werden müsse.

Aus der Provinz kommen nach wie vor Meldungen über Arbeitsbewegungen unter den Industrieunternehmen und über Proteste gegen die politischen Steuern. Aus Nordfrankreich wird gemeldet, daß zahlreiche erhaltene Unternehmer in der Bretagne Güter und Unternehmen wirtschaftlicher Art aufzulassen suchen und den französischen Besitzern in Dollar oder englischen Pfund vorzuziehen. Die Regierung soll, wie verlautet, gegen diese Lieberzumbuna französischen Besitzes Maßnahmen ergreifen.

### Nitti in Paris

Paris, 15. Dez. (Von un. Pariser Vertreter.) Wie die „Gazette“ berichtet, kann sich der italienische Ministerpräsident Nitti endgültig in Paris niederlassen und betradet die französische Hauptstadt als sicheren Hort gegen die Verfolgungen der holländischen Regierung. In einem Gespräch mit einem Vertreter der „Gazette“ erklärte Nitti, er wolle sich über Italien nicht äußern, um einer Verschärfung der gegen ihn gerichteten Verfolgung zu entgegen. Nitti sprach sich zuversichtlich über die nächste Zukunft Europas aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich aus seiner schweren finanziellen Lage einen Ausweg finden werde.

### Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich

Paris, 15. Dez. (Von un. Pariser Vertreter.) Der für heute mittags erwartete Kontakt des Führers der deutschen Wirtschaftsdlegation, Trendelenburg, steht nach in Paris mit lebhaftem Interesse entgegen. Trendelenburg wird heute nachmittags vom französischen Handelsminister Vincent empfangen werden und ihm die deutsche Antwort auf die französische Note vom 25. D. L. überreichen. Diese Antwort wird in deutscher Sprache abgefaßt sein, weshalb die Uebersetzung ins Französische nötig ist. Vorher wird man, wie der „Veil Parisien“ meint, die neuen Vorschläge der Deutschen nicht kennen lernen, denn Trendelenburg hat bei seiner Reise, die er am 4. Dezember in Hamburg gehalten hat, mit die mindeste Anspielung auf die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen gemacht. Eine erste Zusammenkunft zwischen den beiden Delegationen erwartet man für morgen. Ammieser nach dem Empfang Trendelenburgs wird der französische Handelsminister die ihm übergebene deutsche Antwort mit dem Direktor des Handelsministeriums, Serruis, durchgehen. Eine Zusammenkunft der interessierten französischen Industriekreise ist für morgen angesetzt.

### Neue Amerikakredite für Deutschland

London, 15. Dezbr. (Von unserem Londoner Vertreter.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ erzählt, die Abreise des Generalagenten Parker Gilbert nach New York in Begleitung des Gouverneurs der Bank von England, Montague Norman, stehe mit der Frage weiterer Kredite für Deutschland und der Erwerbung einer zweiten Dawesanleihe in Verbindung. Lord Balfour werde den Berliner Botschaft nicht vor dem Frühjahr aufgeben. Man nehme an, daß Deutschland bis dahin Mitglied des Völkerbundes geworden ist, und daß dann auch die anderen noch schwebenden mit dem Locarnopakt zusammenhängenden Fragen erledigt sein werden. Tschiischerin Verhandlungen in Paris werden in Londoner diplomatischen Kreisen mit großem Interesse verfolgt. Somit hier bekannt ist, wurden bei den Verhandlungen noch keine definitiven Resultate erzielt. Den „Times“ wird aus Kiga gemeldet, daß man in Moskau Regierungskreisen sich über die möglichen Erfolge von Tschiischerin Auslandsreise entsetzt sieht. Tschiischerin und Katowski werden diese Woche in Moskau zurückkehren. Sie werden mit den einflussreichsten Personen, die jetzt wegen des großen Kongresses in Moskau weilen, sofort eine Konferenz abhalten, um die Frage der früheren Schulden zu erörtern. Es besteht starke Reizung, den Westminster Konventionen zu machen. Auch die Frage der Währungsreform steht in Moskau im Vordergrund des Interesses; da man Verhandlungen mit Japan befürchtet.

### Tschischerin bei Island

Paris, 15. Dez. (Von unserem Pariser Vertreter.) Eine zweite Besprechung zwischen Briand und Tschiischerin ist, wie am Quai d'Orsay mitgeteilt wird, ohne wichtige Ergebnisse verlaufen. Neuerdings, so wird erklärt, unterhielten sich die beiden Staatsmänner über die weitere Entwicklung Europas nach dem Abschluß der Locarnoverträge und über die Beziehungen zwischen Frankreich und Island, sowie über die nachholländischen Fragen. Es scheint, daß die Besprechungen des russischen Außenministers mit Briand von nicht die gewünschten Ergebnisse für Angola gebracht haben. Auf der türkischen Botschaft wurde gestern nachmittags mitgeteilt, daß Kudschik von seiner Konferenz mit Tschiischerin erklärt habe, es käme sich in den Beziehungen zwischen Ankara und Moskau nichts geändert. Für morgen erwartet man eine dritte Unterredung zwischen Briand und Tschiischerin.

### Pariser Offenherzigkeiten

Paris, 15. Dez. (Von un. Pariser Vertreter.) Die „Gazette“ richtig deutet an die Regierung den Appell, alles zu vermeiden, um Frankreich einen sogenannten Dawesplan aufzuerlegen. Es müsse unbedingt vermieden werden, daß Frankreich in diese Lage gedrängt werde, wie Deutschland. Denn ein unter nationalem Vorwand bestehender Staat müßte auf seine auswärtige Politik verzichten und sei dazu gezwungen, eine untergeordnete Rolle zu spielen. Das Blatt weist ohne Umschweife daraufhin, daß Deutschland in der bevorstehenden Lage bei einer Außenpolitik zu führen, die im engsten Zusammenhang mit seinen finanziellen Pflichten steht. Deshalb sei es nötig, daß die Franzosen selbst Opfer bringen.

### Belgische Annäherung an Russland

Paris, 15. Dezember. (Von unserem Pariser Vertreter.) Aus Brüssel wird gemeldet: Im Ministerium des Auswärtigen fand unter dem Vorsitz Banderolles eine wichtige Konferenz statt, an der alle Vertreter belgischer Interessen in Russland teilnahmen. Örtlich wurde der Beschluß gefaßt, daß dem Wiederaufbau der kommerziellen Beziehungen zwischen Belgien und Russland nichts mehr im Wege stünde. Mitte Februar wird eine belgisch-russische Konferenz stattfinden. Die mit der Aufnahme betraut sein soll, den Vertragsentwurf auszuarbeiten. Inzwischen sind belgische Industrieunternehmen damit beschäftigt, die Exportmöglichkeiten für belgische Produkte nach Russland zu untersuchen. Die Regierung beschäftigt Konsullogen nach verschiedenen russischen Großstädten zu schicken. Als Vorbild für einen künftigen Handelsvertrag wählte man den englisch-russischen Vertrag vom Jahre 1921. Die rechtliche Anerkennung Sowjetrusslands soll erst später stattfinden. Die Schwierigkeit ist jetzt die, daß Moskau zuerst die Anerkennung Sowjetrusslands fordert, bevor es auf Besprechungen über einen Handelsvertrag eingehen will.

### Das Preußenparlament zum Fall Schilling

Berlin, 15. Dezbr. (Von unserem Berliner Büro.) Der Fall Schilling ist nun endlich auch im preussischen Landtag, und zwar im Rahmen der dritten Beratung des Kultusgesetzes, zur Sprache gekommen. Zu der Angelegenheit, die auch außerhalb der Landtagstribüne aufgewirbelt hat, lagen dem Haus Antrag der Volkspartei der Völkischen und der Wirtschaftlichen Vereinigung vor, die Ablehnung der Rücknahme der Entlassung und die Streichung der vom Kultusministerium verlangten planmäßigen Stellen für Schilling, die sich das Theaterwesen für den nächsten Winter mit sich der Volkspartei Buchhorn der Sache des Landtages vertritt, der weit größer Wärme an als der deutschnationale Sprecher, der Chefredakteur Böder. Während dieser doch auch einräumt, daß die vielen Verdienste Schillings eine Anzahl negativer Folgen gegenüberstünden, protestierte Herr Buchhorn gegen die „Helotenverleihung“, die sich das gesamte geistige Deutschland verbitten müßte.

Kultusminister Weder betonte, daß man nicht trennen müsse zwischen dem Künstler und dem Intendanten von Schilling. Wenn der allein hätte sich seine Aufnahme verdient, hätte er nicht dann dem Haus noch einmal die Gründe auseinandersetzen, die zu seinem früheren Vergehen veranlaßt haben. Er erklärte, daß er die frühere Entlassung nicht rückgängig machen werde. Somit ist von einer friedlichen Lösung nicht mehr die Rede. Es wird damit hart gehen und das Gericht wird in diesem bedauerlichen Fall das letzte Wort haben. Der Kultusminister kündigte an, daß er die Fülle seines Beweismaterials in den kommenden Verhandlungen vorbringen werde.

Willige Billigung seines Schrittes hat der Kultusminister, der durch gar zu weltweidende und professorale Art seinen Vortrag in einem guten Teil der Wirkung beraubt, eigentlich nur beim Zentrum gefunden. Ueber die Anträge wird voraussichtlich morgen abgestimmt werden.

### Unberechtigte Vorwürfe

Berlin, 15. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Der deutsche Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftsführer Lemmer hatte gegen die Vereinigung der Arbeitgeberverbände den Vorwurf erhoben, daß diese eine Schlichtungsstelle des jugoslawischen demokratischen „Birn-Vertrages“ aufgestellt und sich aus demselben und an den deutschnationalen Gewerkschaftsführer Behrens ein Darlehen von 3000 Mark gegeben habe, das für den Fernverkehr Oberleitungsarbeiten bestimmt gewesen sei. Der Vorwurf der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Ernst A. Hoff, hat in einer Erklärung an die „Frankfurter“ und die „Völkische Ztg.“ erklärt, daß die Vereinigung der Arbeitgeberverbände auf den Inhalt der Schriften des „Birn-Vertrages“ keinen Einfluß genommen und sich mit einer finanziellen Unterstützung begnügt habe. Von Darlehen sei aber für eine Organisation des Zentralverbandes der Landarbeiter bestimmt gewesen, die sich mit der Beförderung von Industriewerken mit Lebensmitteln für ihre Arbeiter befaßt.

Der „Vorwärts“ teilt mit, daß der Abg. Lemmer auf die Darstellung unersichtlich antwortet wird. Die „Völkische Zeitung“ erinnert daran, daß in den betreffenden Schriften tatsächlich der Willen der Autoren tendenziöse Veränderungen vorgenommen worden seien. Die Angelegenheit liegt also noch ein wenig dunkel.

### Radische Politik

Aus der deutschnationalen Organisation. Der Vorstand des Landesverbandes Baden der Deutschnationalen Volkspartei hat einstimmig den Abgeordneten Dr. Schmittknecht zum dritten Landesvorsitzenden gewählt und ihm das Amt eines geschäftsführenden Vorstandsvorsitzenden übertragen. Generalsekretär dieser Partei ist der Rechtsanwalt Dr. Lehmann. Die Parteiführer der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Dejer, die Würde eines Dr. ehrenhalber.

### Letzte Meldungen

#### Dr. Stresemann über Locarno

Berlin, 15. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Landmannschaften in Berlin sprach gestern Außenminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage im besonderen Hinblick auf Locarno. Er hat sich u. a. für die deutschen Weltverbände Professor Dr. Hoffmann beteiligt. Die Verlesung leitete der erste Vorsitzende des Reichsverbandes der Rheinländer, Professor Kaufmann.

#### Der Selbstmord Frau Jurjewas

Berlin, 14. Dezbr. Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, festzustellen, daß das Opfer, mit dem Namen Jurjewas vor ihrem Sprung in die Reuh die Pulsader durchstach. Frau Jurjewas in Berliner Kaufhaus des Westens in Kauf worden ist. Nach allen diesen neueren Ermittlungen ist nunmehr kein Zweifel mehr zu hegen, daß Frau Jurjewas Selbstmord beging. Sollte es die Milderungsverhältnisse erfordern, sollen die Nachforschungen nach der Leiche der Verstorbenen wieder aufgenommen werden, obwohl sehr zu bezweifeln ist, ob es gelingen wird, irgendwelche Reste der Leiche aufzufinden.

#### Die Einreicherungen im polnischen Budget

Warschau, 14. Dez. Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, in nächster Zeit bis auf weiteres 4000 Soldaten des bestehenden Heeres zu verurlauben. Außerdem soll auch die Einberufung des Jahrganges 1904 auf unbestimmte Zeit verlegt werden. In Offizieren sollen zunächst 2000 bis zum endgültigen Entschluß zurückgehalten werden. Diese Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit den Zeräuberungen des Staatshaushalts, die durchgeführt werden sollen.

120 000 Arbeitslose in Berlin. Die Arbeitslosigkeit nimmt in Berlin erschreckende Formen an. Während in der Vormonat noch die Zahl der Arbeitslosen um 10 000 herab, sind in der abgelaufenen Woche 18 000 hinzugekommen, so daß sich die Gesamtzahl bereits auf 120 000 Mann heft. Dabei ist ein Stillstand in dieser Entwicklung gar nicht abzusehen, da immer noch weitere Stillsetzungen und Betriebserschließungen gemeldet werden.

London, 14. Dez. Nach einer Meldung des Exchange Telegraph aus London wird offiziell mitgeteilt, daß die Kruppwerke gesamten Verpflichtungen bezüglich der Fertigung von Maschinen nachgekommen seien und daß infolgedessen die amerikanische Kommission am kommenden Donnerstag Essen verlassen wird.

### Nachtrag zum lokalen Teil

Bürobrand infolge Brandstiftung. Gestern Abend um 9.30 Uhr wurde die Berufsfeuerwehr nach H. 7, 20 gerufen. Die Bewohner hatten in dem im zweiten Stock des Hinterhauses gelegenen Büros des Eisenwarenhändlers Doktor Lang einen verächtlichen Lichtschein gemerkt und daraufhin die Berufsfeuerwehr alarmiert. Als Branddirektor Paulson in das Büro eintrat, machte er eine merkwürdige Entdeckung. Neben dem Tisch beobachtet man einen Stuhl und eine Kiste. Eine Flische Wein war von der brennenden Hitze auf den Boden gefallen und hatte den Inhalt umhergeschleudert, ohne jedoch drei offene Flaschen mit Wein, die herumstanden, in Brand zu setzen. Auf einem Tisch standen Papiere in Flammen. Der Inhaber des Büros, der in der Nähe des Schaufensters wohnt, war erst nach längerer Bemühungen telephonisch ausfindig zu machen. Er ist endlich eingetroffen. Nach dem Branddirektor Paulson unter dem dringenden Verbot der Brandstiftung sofort verhaften. Lang, der Geschäftsausfall betragte, gab zu, als Legier das Büro vertrieben zu haben. Die Berufsfeuerwehr konnte schon um 9.09 Uhr wieder abrücken. Der Schaden beträgt nur 20 M.





# Neue Mannheimer Zeitung • Handelsblatt

## Aus der Kraftfahrzeugindustrie

**(Von unserm fachmännischen Mitarbeiter)**

In den letzten Wochen vor der deutschen Automobil-Ausstellung 1925 in Berlin war die Lage auf dem Kraftfahrzeugmarkt speziell im Personenwagenbereich fast hoffnungslos geworden. Die noch vorhandenen In- und Auslandskäufer hielten mit Austrägen bis zur Besichtigung der großen Schau zurück. Das Gebotene übertraf die Erwartungen. Die Ausstellung stand im Zeichen eines gewaltigen Preisabbaus, neben hervorragenden Konstruktionsverbesserungen und teilweise Neuerungen insbesondere im Chassis- und Kraftwagenbau.

Mit Stolz dürfen wir buchen, daß Deutschland in Großkraftwagen, Lieferwagen und Motorrädern den Vorprung des Auslandes eingeholt und wieder an der Spitze marschiert und zwar in Qualität wie in Leistung, wobei die Preise im ganzen unter den Weltmarktpreisen liegen. Wenn man bedenkt, daß sich im dritten Quartal 1925 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres die Einfuhr ausländischer Kraftwagen vermindert hat und die der Motorräder nicht viel weniger, so wird man die Auswirkungen der diesjährigen Ausstellung nur mit größter Genauigkeit begrüßen können. Neben größeren Bestellungen der deutschen Behörden und Kraftfahrzeuggesellschaften — wir unterhalten zurzeit in Deutschland ein Kraftfahrflottenpark von ca. 65 000 Km. — treten in letzter Zeit als Käufer deutscher Qualitätswagen insbesondere Spanien, Johann Argentinien, Brasilien, Mexiko, Polen, Tschechoslowakei und Bulgarien hervor. Da auch die Motorradindustrie nennenswerte Aufträge erhielt, insbesondere die Tschapauer Motorenwerke (D.R.M.), erscheint die nächste Zukunft der vorgenannten Zweige der Kraftfahrzeugindustrie gesichert.

Anderer ist es im Personenkraftwagenbau und den hiermit zusammenhängenden Zweigen. Auch hier zeigte die Ausstellung zwar Fortschritt und Preisabbau, die nicht ohne Einfluß auf die Rückverkäufe blieben, jedoch nur in sehr bescheidenem Umfange. Einzelne Aufträge wurden erteilt in ausgesprochenen Luxusfahrzeugen (Mercedes, Maybach, Daimler usw.), nennenswertere nur in Kleinwagen und Prototypen in der Preislage von 3-7000 M. Im ganzen ist die Marktlage freilich, infolge der hohen Abgaben, der Kapitalnot, des dauernd steigenden Angebots an gebrauchten Wagen, der Überproduktion, der scharfen Auslandskonkurrenz mit den neuerlichen Zollsteigerungen von 5-700 M. pro mittleren Gebrauchswagen. Im dritten Quartal 1925 wurden 4469 Kraftwagen mehr eingeführt als im dritten Quartal 1924. Das bedeutet eine über 100-proz. Steigerung der Einfuhr und damit ein unübersehbarer Schaden für die deutsche Volkswirtschaft. Weder fehlt es noch immer an einem durchgreifenden staatlich unterstützten Kreditprogramm zu wirklich tragbaren Bedingungen. Die katastrophalen Folgen machen sich auf der ganzen Linie bemerkbar. Konkurs, Geschäftsaufgaben, Personalentlassungen sind an der Tagesordnung. Hier bedarf Wandel zu schaffen, ist dringend geboten, wenn nicht ein wichtiger Industriezweig zum gänzlichen Erliegen kommen soll.

### Mier u. Oppenheimer, K.G., Berlin

Die Gesellschaft erzielte einschließlich 121 168 M. Ertragnis aus Beteiligungen und Wertpapieren einen Bruttowarengewinn von 4 336 925 M. Für Handelsausgaben waren 3 546 475 M. erforderlich. Nach Abzug von 472 471 M. für Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 317 079 M., der wie bereits gemeldet, nach Abzug einer 5-proz. Summe zum Reservefonds auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Nach dem uns zugewandten Geschäftsbericht der Gesellschaft zeigten zu Beginn des Geschäftsjahres die Preise der Rohstoffe fast überall einen ungewöhnlichen Tiefstand; aber schon in den ersten Herbstmonaten zeigte sich eine Aufwärtsbewegung aller Rohwarenpreise ein, die sich allmählich verschärfte und ihren Höhepunkt in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres erreichte. Diesen Steigerungen folgten die Preise für Fertigarware nur langsam und abgerundet; es war nicht möglich, die Erlöse für Jeder durchweg in Einklang mit den hohen Rohwarenpreisen zu bringen. Die außerordentlich hohen Steuern und Abgaben haben zu einer wesentlichen Erhöhung der Aufkosten geführt. Die Umsätze konnten im laufenden Berichtsjahre durch den Abzug der Erzeugnisse im In- und Auslande meinetz erhöht werden. Infolge der Wiederehr einer wertvollen Währung wurde die Lohngerbung in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres wieder auf den früheren Umfang zurückgeführt. Im abgelaufenen Geschäftsjahre wurde die Lohngerbung ganz eingestellt. Die von einer Arbeitergruppe gegen die Beschlüsse der G.A. vom 29. Januar und 29. Dezember 1923 erhobenen, in erster Instanz vollständig abgewiesenen Anfechtungsklagen und die Anfechtungsklage gegen die Beschlüsse der G.A. vom 28. März 1923 und die Berufung gegen die Urteile der ersten Instanz sind inzwischen von den Klägern zurückgezogen worden.

Ueber die Aussichten im neuen Geschäftsjahr heißt es im Bericht des Vorstandes, daß diese noch unklar sind, wenn auch die Beschäftigung der Betriebe bis jetzt eine befriedigende ist. Die Auswertung der Kosten aus dem Dames-Gutachten ist zurzeit nicht zu übersehen und der Umstand, daß die Höhe der Steuern nach Kosten den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht entspricht, dürfte auch auf das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres nicht ohne Einfluß bleiben. Gegen Verluste, die infolge der herrschenden Weltverhältnisse auf die Außenstände eintreten könnten, hat sich die Verwaltung seit Jahren durch geeignete Maßnahmen geschützt. Sie glaubt daher, der zukünftigen Entwicklung ihrer Gesellschaft mit Vertrauen entgegensehen zu dürfen.

Dr. Bayer, Draughaus Pforzheim K.G. In der am 12. Dezember d. J. stattgehabten G.A. bei der 1146 Aktien vertreten waren, wurden, wie uns gemeldet wird, sämtliche Kurzüge der Gesellschaft einstimmig angenommen und die Ausschüttung einer Dividende von 5 pCt. des herabgesetzten Aktienkapitals beschlossen, so daß der Dividendenchein Nr. 36 mit 25.- M. zur Einlösung gelangt.

### Beuereingellschaft zum Engel vom. Chr. Hofmann K.G. Heidelberg

Den Einnahmen aus Bier und Nebenprodukten im Betrage von 1 198 573 M. stehen 1 093 897 M. an allgemeinen Kosten gegenüber. Nach Abzug von 18 930 M. für Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 85 725 M., von dem 25 000 M. der gesetzlichen Reserve überwiesen, eine Dividende von 8 pCt. = 68 600 M. auszubehalten und 4725 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

In der Bilanz stehen Immobilien I mit 370 000 M., Immobilien II mit 46 700 M., Maschinen mit 35 000 M., Gefäße mit 13 500 M., Fuhrpark mit 7500 M., Effekten mit 21 500 M., Kassa mit 11 601 M. und Vorräte mit 93 839 M. Schuldner in Höhe von 406 692 M. stehen Gläubiger mit 150 807 M. gegenüber.

### Gegen die Reichsgetreidestelle

Der Vörsenparlament der Kölner Produktenbörse richtete an den preussischen Minister für Handel und Gewerbe und an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Eingabe gegen die Wiedererrichtung der Reichsgetreidestelle. In der Eingabe heißt es, daß die Reichsgetreidestelle schon während ihrer früheren Bestimmung zur Genüge bewiesen habe, daß sie nicht in der Lage ist, die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide in wirtschaftlicher Weise durchzuführen. Der Umschlag des Getreides müsse in den Händen der hierzu berufenen Kreise, der Landwirte, der Mühlen und des Handels verbleiben. Am Schlusse der Eingabe wird das Reichsministerium ersucht, die Börse in ihren Bestrebungen gegen die Wiedereinführung der Reichsgetreidestelle zu unterstützen.

Des weitern entnehmen wir Blättermeldungen, daß der Vorstand der Berliner Produktenbörse sich gegen die Ausführungen des Ernährungsministers Grafen Ranth gewandt, da dessen Darlegungen in Kreisen des Handels und der Mühlenindustrie große Erregung hervorgerufen hätten.

Die Hamburger Börse hielt analog der Kölner ebenfalls eine Protestversammlung ab, in der die Liquidation der Reichsgetreidestelle mit größtmöglicher Beschleunigung verlangt wird.

**Konkurse und Geschäftsaufgabe in Neustadt a. d. S.** Durch Beschluß des Amtsgerichts Neustadt a. d. S. wurde über das Vermögen der Firma Maschinen- und Rotoren-Betrieb G. m. b. H. in Neustadt a. d. S. das Konkursverfahren eröffnet und Rechtsanwalt Karl Jacobs, Neustadt a. d. S. als Konkursverwalter ernannt. Das gleiche Amtsgericht hat über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Georg Christian genannt Wilsch Fuchs in Haardt, Kreisinspizitor der Firma Wilhelm Fuchs, Wein- und Biergeschäft, die Geschäftsaufgabe zur Abwendung des Konkurses angeordnet. Als Aufsichtsperson ist Justizrat Strich, Rechtsanwalt in Neustadt a. d. S., bestellt.

**Milg, Mühlenbau und Industrie K.G., Frankfurt a. M.** In der gestrigen G.A. wurde einstimmig und ohne Debatte der Fusionsvertrag mit den fünf Konzern-Gesellschaften genehmigt und das Aktienkapital von 6,5 Mill. auf 12 Mill. M. erhöht. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde u. a. Kommerzienrat Dr. Theodor Frank von der Disconto-Gesellschaft.

**Vom Sichel-Konzern.** Wie verlautet, soll die zum Sichel-Konzern gehörende S. Weill G. m. b. H. in Badr. Stuttgart-Bismarck und München, die bekanntlich Gläubigerterritorien auf den 21. d. M. nach Stuttgart abzurufen hat, eine Dividende von 50 pCt. in Vorschlag bringen. Bau F. 3. sollen die obigen drei Niederlassungen (Eiengroßhandlungen) des Sichel-Konzerns einlegen.

**Orlonette K.G. für Motor-Fahrzeuge, Berlin.** Die Gesellschaft hat ein Aktienkapital von 800 000 M. im abgelaufenen Jahre ergab sich ein Verlust von 346 299 M., so daß in der gestrigen G.A. Mitteilung gemäß § 240 des H.G.B. gemacht wurde. Man glaubt, die Unterbilanz langsam zu tilgen. Es wurde Protest zu Protokoll gegeben.

**Von der Automobilbank.** Wie wir Blättermeldungen entnehmen, wollen sich die Automobilfabriken und die Berliner Banken nach Ende dieser Woche schlüssig werden über die Errichtung des schon verschiedentlich besprochenen Konsortiums mit 10 Mill. M. Aktienkapital. Diese Bank soll vor allem, wie bereits gemeldet, den Blick vom Bogen finanzieren.

**Bankfirma Coband, Siehl u. Co., Berlin.** Die Gesellschaft sucht um Verlegung der Geschäftsaufsicht über die Wiederschiffung von einem Monat hinaus nach. Aus diesem Anlaß wurde ein Status aufgestellt, der nur 625 000 M. Aktien und 1,19 Mill. M. Passiven enthält. Man spricht von einer Dividende von 20 pCt.

**Sammel u. Friedländer, Damenkonfektion, Berlin.** Bei der zu den nächsten Modellhäusern der Berliner Damenkonfektion gehörenden Firma Sammel u. Friedländer, Jägerstraße, die dieser Tage ihre Zahlungen eingestellt hat, stellt sich, wie die Textil-Woche erzählt, der Status außerordentlich ungünstig, so daß eine Geschäftsaufsicht nicht in Frage kommen kann. Die Passiven belaufen sich auf etwa 2 200 000 M., die Bilanzsumme ist mit 480 000 M. beteiligt, wofür jedoch ausreichende Sicherheiten vorhanden sind. Eine Berliner Bankfirma mit einer Forderung von 95 000 M. gehört zu den Hauptgläubigern. Die vor einigen Monaten in Höhe von 400 000 M. gewährte Hilfe von Verwandten hat den Zusammenbruch des Unternehmens nicht verhindern können.

**Aus dem Jahresbericht der 'Arbed'.** In der Bilanz figuriert die Burbacher Hütte (mit dem Hofenbacher Wälderwerk) mit 59 100 116 Franken gegen 42 757 125 Franken in 1923/24; die Erhöhung um 7 342 991 Franken wird hauptsächlich mit der Anlage neuer Kesselanlagen begründet. — Die Produktion des Schweizer Bergwerksvereins in 1924/25 wird beziffert: 2 442 549 To. Kohle, 94 735 To. Braunkohle, 652 888 To. Rots; 16 125 To. Kobalt, 2758 To. Bismut, 65 804 To. Wolfram und Ferrosilber. — Die beteiligte Gesellschaft Bourghof hat in normaler Weise wie früher die Versorgung der übrigen Werke gesichert.

**Holland senkt die Kohlensteuern.** Aus dem holländischen Kohlenbericht wird berichtet, daß nach langen Verhandlungen die niederländische Staatsbahn eine Verbilligung der Kohlenfrachttarife, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Juni d. J. an zugestimmt habe. Die holländische Kohlenkonkurrenz wird für Deutschland damit umso sichtbar in die Erscheinung treten.

## Devisenmarkt

### Der französische Franken weiter sehr schwach — Ein Rückblick

Der Entwertungsprozeß der französischen Währung hat im Verlaufe der letzten Woche rapide Fortschritte gemacht. London gegen Paris, das sich am 8. Dezember nach auf 126,25 stellte, was einen Reichsmarkkurs von 16,15 Bfg. entspricht, hat sich in ziemlich gerader Linie ohne Rückschlag andauernd abgedreht und stellt sich heute auf 134,50, entsprechend einem Reichsmarkkurs von 15,15 Bfg. Witten hat sich der französischen Frank in Boule einer Woche um 6 pCt. seines Effektivwertes entwertet. Die Kapitalflucht in Frankreich greift immer weiter um sich. Das Volk wird unruhig, da die Verhältnisse in Frankreich sich doch wesentlich anders gestalten als bei uns, weil das französische Volk in der Hauptsache bekanntlich aus Kleinrentner besteht. Der Finanzminister Loucheur, auf den man große Hoffnungen gesetzt hatte, sieht bis jetzt andauernd auf wachsenden Widerstand, der teils von dem nationalen Volk, teils von dem Einstarrel ausgeht. Seine Finanzsanierungsprojekte, deren fünf er bis jetzt vorgelegt hat, sind alle abgelehnt worden. Die Währungsnot und Krenghaftigkeit des französischen Bürgers führte zu dem in der letzten Woche wohl beispiellosen Rückgang des französischen Franken.

Die anderen Weltdevisen, der belgische Franken und der italienische Lire, halten sich nahezu unverändert bzw. bleiben stabil. London gegen Brüssel notierte unverändert 107 und London gegen Mailand 120,4. Der Schweizer Franken notiert gegen Kabel 118,75 vorher 518,25. London gegen Schweiz 25,15 (25,16), Paris gegen Schweiz 18,70 (am 8. Dezember 1925), Mailand gegen Schweiz 20,55, bleibt unverändert. Kabel gegen Holland 249 (248,5), London gegen Holland 12,07 (12,08).

Nordische Devisen behaupteten ihren Stand der Woche bei kleinen Schwankungen. London gegen Oslo unverändert 23,55, London gegen Kopenhagen 19,50 (19,45), London gegen Stockholm 18,10 (18,15). Der spanische Peseta schwächte sich im Verlaufe der letzten Tage, beeinflusst durch die nahe Nachbarschaft zu Frankreich, wesentlich ab. Spanien wird durch den Frankentransit in Währungsnot gezwungen, da die Möglichkeit für Frankreich besteht, augenblicklich den spanischen Markt mit billigen Waren zu überflutem, während bisher Spanien billig exportieren konnte. Denn dadurch, daß der größte Teil der Südfranzosen seine aus Spanien eingeführten Waren noch in französischer Valuta bezahlt, entstehen große Exportverluste für Spanien, da die französische Währung sich andauernd entwertet. London gegen Madrid stellt sich heute früh auf 34,25 (am 8. Dezember 33,90). Brüssel gegen Paris notiert 125% (117,75) und Mailand gegen Paris 111% (105). Die Spannung zwischen der belgischen und französischen Währung einerseits und der französischen und italienischen andererseits hat sich weiterhin stark vergrößert. Der Wert des französischen Franken ist im Augenblick 25 pCt. weniger beim belgischen Franken und 12 pCt. weniger bei der italienischen Lire.

Das englische Pfund das durch überhörende Diskontierung der Bank von England von 4 auf 5 Prozent in Remort sich wesentlich im Kurse befestigen konnte, hat seine Aufwärtsbewegung nicht aufrecht erhalten können, sondern notiert seit einigen Tagen wieder schwächer. Nach einem Höchstkurs gegenüber dem Dollar von einem Reichsmarkkurs von 20,57 M. gegenüber 20,39 M. am 8. Dezember 1925; ist der Kurs in Amerika auf 64<sup>1</sup>/<sub>2</sub> zurückgegangen, was bei entspricht.

In Reichsmark lassen sich weiter folgende Kurse ermitteln: Zürich 80,85 (80,65), Mailand 16,95, Holland 168,70 (168,80), Prag 12,44, Oslo 85,45 (85,55), Kopenhagen 104,60 (105), Stockholm 112,40 (112,55), Brüssel unverändert 19,05, Madrid 59,50 (59,60) und Argentinien 1,74 (1,74,45).

### Offizielle Devisen der Mannheimer Produktenbörse

Die Kurse verstehen sich per 100 Mte netto gegenüber dem Reichsmark

Währungsnotierungen vom 14. Dezember 1925.		Werte in Reichsmark für 1 M.	
Belgien, inländischer	100,00 - 100,00	Kolumbien	11,00 - 11,00
Belgien, ausländischer	22,30 - 22,50	in Baren	2,60 - 2,65
Brasilien, inländischer	28,00 - 28,50	in Gold	1,00 - 1,05
Brasilien, ausländischer	22,50 - 23,00	in Silber	2,00 - 2,10
Frankreich, inländischer	126,25 - 126,25	in Gold	6,00 - 6,50
Frankreich, ausländischer	134,50 - 134,50	in Silber	1,00 - 1,05
Italien, inländischer	100,00 - 100,00	in Gold	2,00 - 2,10
Italien, ausländischer	118,75 - 118,75	in Silber	1,00 - 1,05
Japan, inländischer	240,00 - 240,00	in Gold	2,00 - 2,10
Japan, ausländischer	240,00 - 240,00	in Silber	1,00 - 1,05

### Berliner Metallbörse vom 14. Dezember

Werte in Reichsmark für 1 M.	
Aluminium	130-140
Antimon	130-140
Arbeitslohn	130-140
Blei	130-140
Gold	130-140
Iron	130-140
Kupfer	130-140
Leinwand	130-140
Nickel	130-140
Platin	130-140
Quecksilber	130-140
Silber	130-140
Stahl	130-140
Zinn	130-140
Zink	130-140

### Wasserstandsbeobachtungen im Monat Dezember

Station	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.
Altenheim	2,2	2,1	1,9	1,8	1,7	1,6	1,5	1,4	1,3	1,2	1,1	1,0	0,9	0,8
...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Herausgeber, Drucker und Verleger: Dr. Hans Neue Mannheimer Zeitung, G. m. b. H., Mannheim, S. 6, 2. Direktion: Ferdinand Heyne. Abbestellungsstelle: Kurt Richter, Verlagsanstalt für den politischen Teil; Hans Alfred Wehner; für das Neuland: Dr. Felix Hammer; für Kommunalpolitik und lokale: Richard Schindler; für Sport und Touris: aus aller Welt: Willi Müller; für Handelsnachrichten und den übrigen redaktionellen Teil: Franz Richter; für Anzeigen: J. Bernhardt.



# SULIMA REVUE

Die vollendete 5-8 Cigarette

## ANTUKA

Lohns 80%ige neue feine

## Doppel-Fettseife

leicht schäumend und sparsam

40 Pfg.

Jedes Geschäft von Ruf fährt „Antuka“









In den 11722 Amerikanischen Modellen der Everest-Corsets

erschleint auch die stärkste Figur dem Auge schlank und modern

Ich führe ein großes Sortiment der Marke „Everest“, der besten Marke der Welt

Beste Verarbeitung! Billige Preise!

Alleinverkauf für Mannheim:

Stein-Denninger

P 2, 1 gegenüber der Hauptpost P 2, 1



Puppenwagen

Größte Auswahl

H. Reichardt

17 1/2 1/2

2074

Einzelmöbel

Büchereischrank

Bücherregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Wandregal

Unterkleidung in allen Weiten!

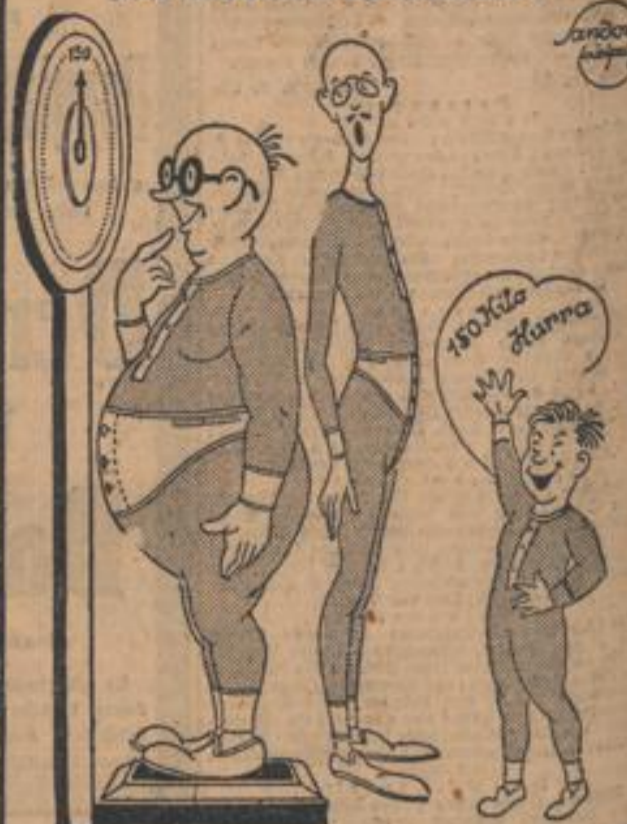


Table listing clothing items: Kniewärmer, Leibbinden, Brustschützer, Jacken, Hemden, Hosen, Hemdhosen, Kniehosen, Garnituren.

Prof. Dr. Jaegers Normalwäsche

Spezialgeschäft für Wollewaren, Strümpfe, Trikotagen

Daut

Altbekanntes Haus für solide Waren

Mannheim, Breitestraße, F 1, 4

neben dem alten Rathaus.

Advertisement for J. Hochstetter, featuring Persian carpets and billiard tables. Text includes 'Teppichhaus J. Hochstetter G. m. B. H.', 'Perser-Teppiche', and 'Billigste Preise'.

Advertisement for Kayserrad and Kayser Nähmaschine. Text includes 'Netto, Nichte, Onkel, Tante und noch sonstige Verwandte', 'Ein Kayserrad oder eine Kayser Nähmaschine', and 'Friedrich Penn, Mannheim'.

Advertisement for Hill & Müller, featuring 600 pieces of rubber winter coats. Text includes '600 Stück Gummi-Wintermäntel', 'für Damen und Herren nur Qualitätswaren wie Continental', and 'Hill & Müller'.

Advertisement for Neue Mannheimer Zeitung. Text includes 'Zur gefälligen Beachtung!', 'Gemäß den Beschlüssen des Vereins südwestdeutscher Zeitungs-Verleger', and 'Neue Mannheimer Zeitung'.

Advertisement for Secmuschel and Blauefchen. Text includes 'Secmuschel Blauefchen', 'Salm etc.', and 'Geschw. Steinwand'.

Advertisement for Weihnachts-Russstellung. Text includes 'Weihnachts-Russstellung im Kasino', 'Heute letzter Tag.', and 'Günstige Einkaufsgelegenheit für Weihnachtsgeschenke'.

Advertisement for Gg. Hoffmann, featuring puppets and toys. Text includes 'Gg. Hoffmann empfiehlt zu Weihnachten', 'Puppen in allen Arten', and 'Spielwaren in Gummi und Celluloid'.

Advertisement for Schreibmaschinen. Text includes 'Schönstes Weihnachtsgeschenk!', 'Schreibmaschinen', and 'Carl Winkel'.

Advertisement for Die größte Werbekraft. Text includes 'Die größte Werbekraft ist die Zeitungs-Anzeige zur richtigen Zeit', and 'Neuen Mannheimer Zeitung'.

Advertisement for Juwelen Moderna. Text includes 'Juwelen Moderna Lager', 'Platin', 'Goldwaren', and 'H. Apel'.

Advertisement for Ein billiger Weihnachtsverkauf. Text includes 'Ein billiger Weihnachtsverkauf', 'Rauchfische', and 'Schreinerei E. Lettermann'.

Advertisement for Vornehme Damenhüte. Text includes 'Vornehme Damenhüte zu bedeutend ermäßigten Preisen', and 'Maria Adam'.

Advertisement for bayrische Gänse. Text includes 'bayrische Gänse', 'Stangenkäse', 'Landbutter', and 'Rommeiß'.

Advertisement for 10 bis 20% Nachlaß. Text includes 'Passendes Weihnachtsgeschenk', 'Gewähre bis auf Weiteres 10 bis 20% Nachlaß', and 'Wäscherei Wäschefabrik Schorpp'.